

MÖGLICHKEITEN DES INNERDEUTSCHEN ARBEITSMARKTES ZUR BEHEBUNG DES FACHKRÄFTEMANGELS

Der demografische Wandel und die Folgen für die Arbeitswelt rücken auf der politischen Agenda immer weiter nach oben. Damit der Industriestandort Deutschland auch weiterhin erfolgreich bleibt, müssen umfangreiche Maßnahmen auf dem innerdeutschen Arbeitsmarkt dringend ergriffen werden, die von der Politik viel Entschlossenheit und Durchsetzungskraft verlangen. In meinem Beitrag möchte ich auf sogenannte „innere“ Möglichkeiten des deutschen Arbeitsmarktes zur Behebung des Fachkräftemangels eingehen.

Unternehmer und Politiker umwerben derzeit jene Bevölkerungsgruppen, die sie jahrelang sträflich vernachlässigten. Das sind die bereits in Deutschland lebenden Migranten, Jugendliche ohne Berufsausbildung, Frauen und Senioren.

1. In erster Linie stellen jene Einwohner Deutschlands eine große Fachkräftereservoir dar, die mit ihren im Ausland ausgestellten Zeugnissen und ihrer Berufserfahrung hierzulande heute nichts anfangen können, weil diese schlicht nicht anerkannt werden. Auf bis zu eine halbe Million wird die Zahl derer geschätzt, die unter ihrer Qualifikation arbeiten. Ingenieure schlagen sich als Taxifahrer durch, Ärztinnen leisten Pflegedienste, im Ausland ausgebildete Friseurinnen können zwar einen Laden eröffnen, bekommen aber keinen Meisterbrief anerkannt – und dürfen nicht ausbilden

2. Wie nie zuvor werden die in Deutschland lebenden Migranten unworben. Jeder dritte Schüler hat heute einen Migrationshintergrund. Zu viele dieser jungen Menschen verpassen in Schule den Anschluss. Mehr als ein Drittel hat keine abgeschlossene Ausbildung. (Tabelle 1) In dieser Tabelle werden Bildungsabschlüsse von Menschen mit Migrationshintergrund und Deutschen im Alter zwischen 25 und 65 Jahren verglichen. Das Hauptproblem besteht darin, dass viele Zuwanderer auch in dritter Generation schlecht bis gar kein Deutsch sprechen. Nun sollen die 2005 bundesweit eingeführten Integrationskursen helfen. Das deutsche Handwerk will diesen jungen Leuten helfen, über die anschließende berufliche Ausbildung in der Gesellschaft Fuß zu fassen.

3. Die Zeiten, in denen potenzielle Arbeitskräfte ohne Hoffnung Runden drehen, sind vorbei. Das gilt auch für Azubis. Ausbildungsboni machen den Unternehmen heute selbst sogenannte Altbewerber interessant. Bis zu 6 000 Euro bekommen Ausbildungsbetriebe für ihr Engagement. 34 500 Jugendliche haben bereits einen Antrag gestellt. Zusätzlich will das Programm der Einstiegsqualifizierung ausbildungsunreife Jugendliche für die Lehre fit machen. Unternehmen, die den Härtefällen bis zu ein Jahr lang Grundlegendes für eine Ausbildung vermitteln, bekommen einen monatlichen Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit.

4. Ältere Arbeitnehmer sind für die Wirtschaft wieder interessant geworden. Auch die Politik hat umgedacht. So war die Rente mit 67 die mutigste Sozialreform der großen Koalition. Das bedeutet, dass ab 2030 rund zwei Millionen Menschen mehr im erwerbstätigen Alter sein werden. Die Experten schätzen, dass im Jahr 2030 auch den Unternehmen durch die Erhöhung der Altersgrenzen vermutlich zwischen 1,2 und gut drei Millionen Erwerbspersonen zusätzlich zur Verfügung stehen.

5. Nur 65,2 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Deutschland gehen einer bezahlten Arbeit nach, das ist allenfalls Durchschnitt in Europa. Über Jahre gab die Politik auch hier falsche Anreize. Außerdem ist es arbeitspolitisch nicht sinnvoll, qualifizierte Frauen in die Hausfrauenrolle zu drängen. Laut einer spektakulären Studie, die vor drei Jahren von Goldman Sachs vorgelegt worden war, könnte das Bruttosozialprodukt in Deutschland um neun Prozent höher ausfallen, wenn genauso viele Frauen wie Männer auf dem Arbeitsmarkt vertreten sind.

Anschließend muss nochmals betont werden, dass Deutschland seine Suche nach bestmöglichen inneren Lösungen des Fachkräftemangels intensivieren muss, um ihre bereits vorhandenen Arbeitsreserven effizienter zu nutzen.

*Кречетов А.И., Елинова С.А.
БГУ, МЭО, 3 курс
Руководитель Шевцова В.А.*

DIE VERFASSUNGSBESCHWERDE IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IM VERGLEICH ZUR JURISTISCHEN ERFAHRUNG DER REPUBLIK BELARUS

Die Aktualität unseres Vortrags besteht darin, dass Grundrechte und Freiheitsrechte unantastbare und unveräußerliche Rechte der Persönlichkeit und des Burgers sind. Sie können leider in der bisherigen Form nicht erhalten werden, in der diese Rechte in der Verfassung oder anderen Gesetzgebungsurkunden festgelegt sind. Deshalb haben sich die Bürger des Staats für ihren Schutz an verschiedene Staatsorgane zu wenden, unter denen die Gerichtsorgane vor allem zu nennen sind.

In den meisten europäischen Staaten (unter denen die BRD) gilt eine spezielle Einrichtung für den Schutz der Grundrechte und Freiheiten der Menschen. Sie heißt die Verfassungsbeschwerde. So verfolgen wir das Ziel, die Besonderheiten dieser Einrichtung zu untersuchen. Heutzutage ist diese Frage eine der brisanten Fragen, und dafür stehen die folgenden Ursachen. Das sind ein niedriges Niveau des Professionalismus der Staatsabgeordneten, der Machtmissbrauch und die Willkür von den Staatsorganen, was es in Annahme der verfassungswidrigen Gesetze und anderer Gesetzgebungsurkunden zum Ausdruck kommt.

Was die BRD betrifft, wird die Funktion der Behandlung der Verfassungsbeschwerde vom speziellen Staatsorgan erfüllt — vom Bundesverfassungsgericht (weiter — BverfG). Es hat seinen Sitz in Karlsruhe (Baden-Württemberg) und besteht aus 2 Senaten mit je 8 Richtern. Seine Tätigkeit basiert auf demokratischen Grundsätzen, die im Grundgesetz der BRD (Abs. 1 Art. 93 GG) und im Verfassungsgerichtsgesetz (Art. 13 des Gesetzes) festgelegt sind. Das ist das Prinzip der Gerechtigkeit, Rechtsgleichheit und Staatssicherung der Grundrechte und Freiheiten der Menschen.

Zunächst wollen wir die Bestimmung der Verfassungsbeschwerde bezeichnen. Die Verfassungsbeschwerde ist ein außerordentlicher Rechtsbehelf in Deutschland, mit dessen Hilfe sich die Bürger ans Verfassungsgericht wenden, wenn ihre Grundrechte durch die Akte der Staatsgewalt verletzt sind. Man muss bemerken, dass nicht jede Anrufung des Gerichts die Verfassungsbeschwerde ist. Gemäß der Deutschgesetzgebung werden folgende Ansprüche an der Verfassungsbeschwerde gestellt:

□□□□□□□□□□. □□□□□□□□□□.